

Erklärung von deutschen Partnerorganisationen zu den Beziehungen zu Russland vom 29. März 2018

Die jüngsten politischen Entscheidungen der deutschen Bundesregierung und der EU zu Rußland zwingen uns, als VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Vereinen Deutschlands, die sich seit vielen Jahren der Versöhnung und Verständigung zwischen unseren Völkern verpflichtet fühlen, das Vorgehen kritisch zu hinterfragen und auf eine Veränderung zu drängen!

Dabei wissen wir uns eins mit vielen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, die diese politischen Aktivitäten für gefährlich, unangemessen und leichtfertig halten.

Statt mit Rußland auf allen Ebenen friedliche und gut nachbarschaftliche Beziehungen zu gestalten – wir befinden uns zum Beispiel im besonderen Jahr der Regionalen und Kommunalen Partnerschaften 2017/2018 –, wird offensichtlich eine Verschlechterung der Deutsch-Russischen Beziehungen billigend in Kauf genommen.

Wir treten dafür ein, daß politische Probleme zwischen den Staaten im 21. Jahrhundert in vernünftiger Art und Weise, im Dialog in Achtung voreinander gelöst werden müssen.

Schluß mit der Stimmungsmache, von wem auch immer vorgetragen.

Unsere langjährigen Erfahrungen in Rußland bestärken uns in der Auffassung, daß viele Menschen dort aufgeschlossen und konstruktiv-kritisch zugleich unseren Wertvorstellungen von Recht und Freiheit, von Kultur und dem politischen System gegenüberstehen ...

Das Programm „Östliche Partnerschaft und Russland“ des Auswärtigen Amtes, getragen von vielen ehrenamtlichen Vereinen, hat in den vergangenen Jahren zu nachhaltig positiven Resultaten auch in den Partnerschaftsbeziehungen mit den Menschen in der Russischen Föderation geführt.

Soll das alles umsonst gewesen sein?

Warum lassen wir zu, daß bei den Menschen aller Generationen in Rußland ein Gefühl entsteht, daß der Westen und die NATO ihr Land wieder bedrohen? Welche Lehren haben wir Deutschen aus dem 22. Juni 1941 wirklich gezogen? Noch heute wirkt der heimtückische Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, mehr denn je, wie ein Trauma in allen Bereichen der russischen Zivilgesellschaft fort. Ist das nicht bekannt?

Richard von Weizsäcker's eindringliche Bitte an die junge Generation, vorgetragen am 8. Mai 1985 zum „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“, war, ist und bleibt die alternativlose Grundlage deutscher und europäischer Politik: „Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß.“

Wir, die VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden in Deutschland mit aktiven Partnerschaften handeln danach und fordern dieses auch von den politisch Verantwortlichen in Rußland und Deutschland ein!

Die ErstunterzeichnerInnen:

Dr. Martin Kummer, Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft in Thüringen e. V.; Prof. h.c. Barbara Lachhein, Gesellschaft für Deutsch-Russische Begegnung Essen e. V.; Helmut Hinrichs, Gesellschaft Deutschland – Dagestan; Gerhard Laier, Deutsch-Russische Gesellschaft Ettlingen e. V.; Friedhelm Biederbeck, Verein der Elterncafés im Dialog Emden – Archangelsk e. V.; Cyrill Pech, Berliner Freunde Russlands e. V.; Friedhelm Schulz, Freundeskreis Tula Villingen-Schwenningen e. V.; Dr. Heinz Wehmeier, Deutsch-Russländische Gesellschaft Wittenberg e. V.; Christian Holtz, Gesellschaft Denkdorf – Krasnaja Presnja Moskau e. V.



Am 1. März 2018 hatte die Bundestagsfraktion der Linken zur Veranstaltung „Deutschland, Russland und die Zukunft“ ins Russische Haus in Berlin eingeladen. Im gut gefüllten Großen Saal ging Fraktionsvorsitzende Sarah Wagenknecht in ihrer Begrüßung vor allem darauf ein, daß es für die Entwicklung in Europa notwendig sei, ein gutes Verhältnis zu Rußland zu haben. Sie verwies auf das neu entstehende „Feindbild Rußland“ beziehungsweise das „Feindbild Putin“. Mit Blick auf die Propaganda für eine weitere westliche Aufrüstung machte sie aufmerksam auf das Auseinanderklaffen der Rüstungsausgaben zwischen Rußland (60 Milliarden Dollar) und Gesamt-NATO (900 Milliarden Dollar, davon allein die USA 600 Milliarden). Danach diskutierten zum Thema „Deutsch-Russische Perspektiven“ Denis Mikerin, Russische Botschaft, der Publizist Alexander Rahr und der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch. In einer zweiten Podiumsdiskussion „Stand und Chancen der wirtschaftlichen Kooperation zwischen Rußland und Deutschland“ sprachen der Oberbürgermeister der Stadt Wolgograd Andrej Kossolapow, Peter Ramsauer, CSU, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Bundestag, und Klaus Ernst, DIE LINKE, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Bundestag, über die Auswirkungen der Sanktionen auf die russische wie die deutsche Wirtschaft. Sie waren sich einig, daß die Wirtschaftssanktionen ihr politisches Ziel verfehlt haben und derzeit mehr der deutschen, denn der russischen Wirtschaft schaden. In seinem Schlußwort ging Kossolapow insbesondere mit Blick auf den 75. Jahrestag des Endes der Schlacht um Stalingrad auf das Streben nach einem friedlichen Miteinander von Deutschland und Rußland ein.

IMPRESSUM

Wostok – Informationen aus dem Osten für den Westen
Im 63. Jahrgang – hervorgegangen aus der „Sowjetunion heute“

Herausgeber:
WOSTOK Verlag

Redaktion: Britta Wollenweber (bw) (v.i.S.d.P.), Peter Franke (pf)

Ständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:
Pjotr Borowoi, Borislav Gussinski, Alexander Iskanderjan, Grigori Melamedow, Wladimir Miljutenko (wm), Pjotr Sadouski, Wolfgang Schriek (ws), Wladimir Schukow, Ina Tkatsch, Galina Tschinarichina

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dieser Ausgabe:
M. Dschamanbajew, Samwel Geworgjan, Zilola Karimowa, Tatjana Kuschtewskaja, Oleg Nikolajew, A. Usupkoschojewa, Elena Welytschko

Bildnachweis:
Webseite Wladimir Jankilewski: 2
Präsidialverwaltung Armenien: 10, 11;
Präsidialverwaltung Usbekistan: 12, 13, 14;
Helmut Hinrichs: 15, 21;
Oleg Nikolajew: 18;
Präsidialverwaltung Rußland: 23, 24, 27, 28, 31, 32, 34, 53, 54, 55;
DKTI: 56, 57,
Presse Tariwerdijewa: 75;
Stiftung „Talent und Erfolg“: 76;
Michailowski-Theater: 83;

Alle Fotos soweit nicht anders bezeichnet von Wostok, Peter Franke, Britta Wollenweber

Druck:
Druckhaus Köthen
Friedrichstr. 11/12, 06366 Köthen

Grafische Gestaltung:
Peter Franke, Wostok Verlag, Berlin

Abonnementbetreuung:
AVZ, Storkower Str. 127 a, 12405 Berlin,
Tel.: 030/42804041, Fax: 030/42804042
e-mail: aboservice@avz-berlin.de

Anzeigen:
Wostok Verlag, Am Comeniusplatz 5, 10243 Berlin,
Tel.: 030/44008036, Fax: 030/44008038
Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Juli 1999

Anschrift von Redaktion und Verlag:
Am Comeniusplatz 5, 10243 Berlin,
Tel.: 030/44 00 80 36/7
Fax: 030/44 00 80 38
e-mail: redaktion@wostok.de
Internet: www.wostok.de

Bankverbindung:
Postbank Köln
Kontonummer 213 420 500
Bankleitzahl 370 100 50

Bezugspreis:
Einzelheft 7,00 Euro, Inlandsabo 25,00 Euro, Auslandsabo 29,00 Euro, Studentenabo 22,00 Euro. Alle Preise verstehen sich inklusive Versandkosten. „Wostok“ kann schriftlich direkt bei der Redaktion bestellt werden. Kündigung des Abonnements drei Monate zum Ende des Bezugszeitraumes. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 1. Januar 1992. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
7. April 2018

Nächste Ausgabe erscheint:
Ende Juni 2018

ISSN 0942-1262